

Beschlussprotokoll – Ergänzungen

TOP 5 Kürzungen des Etats im Bereich Städtepartnerschaften

Herr Henschel weist auf die Begeisterung der Teilnehmer des Stadtrates bei der Fahrt nach Bourg-en-Bresse im September vergangenen Jahres hin. Die Kürzungen seien ein Fehler und dafür müsse jetzt eine Lösung gefunden werden. Er und Herr Grüßner begrüßen eine weitere Bezugsschaltung und beabsichtigen auch einen Antrag dafür zu stellen. Die Stadt, und besonders diejenigen, die sich nicht mit der Materie befasst haben, sollten sich die Frage stellen, was eine Stadt ausmache und was es wert sei und in welche Richtung gegangen werden möchte, so Herr Grüßner.

Herr Eitel stimmt dem zu und betont, dass er bei der betreffenden Finanzausschuss-Sitzung nicht anwesend war. Er habe aber mitgekommen, dass es darüber parteiinterne heftige Diskussionen gegeben habe. Man müsse das korrigieren.

Herr Schmidt unterstützt diese Meinung, ihm war die Situation, wie sie sich aktuell darstellt nicht bewusst.

Herr Kunz schließt sich dem an, betont das aufeinander Zugehen und Wachsen der Städtepartnerschaften - wie in den letzten Jahrzehnten - sei in der aktuellen europäischen Entwicklung besonders wichtig.

Frau Friess-Vonderlohe ist auch dieser Meinung plädiert an den Stadtrat, dass in Zukunft weiter Zuschüsse gezahlt werden und bedauert, dass die Kasse leer sei.

Herr Heidenreich erläutert, dass Frau Simmich den Förderverein neu strukturiert hat und Dank ihrer Arbeit, die Weiterführung der Städtepartnerschaften der Stadt Bad Kreuznach in diesem Rahmen im Moment möglich sei.

Herr Zimmerlein weist darauf hin, dass die gleiche Diskussion auch in anderen Ausschüssen geführt würde. Viele Vereine bekommen ihre Zuschüsse gekürzt. Er ist nicht der Meinung, dass mit der Entscheidung des Finanzausschusses etwas kaputt gemacht werde. Er appelliert an die Anwesenden sich selbstkritisch mit der Frage zu beschäftigen, wer von den 50.000 Einwohnern in Bad Kreuznach wirklich von diesem Thema betroffen sei.

Auch Herr Kohl erörtert, dass die Situation im Gesamtkontext von Etatberatungen gesehen werden müsse. Man könne nochmal bei den nächsten Haushaltsbesprechungen darauf eingehen.